

Antrag 28/II/2025**FA II - EU-Angelegenheiten****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Bezahlbares Wohnen braucht europäische Antworten!**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in
 2 der Bundesregierung sowie die S&D-Fraktion im Europäi-
 3 schen Parlament werden aufgefordert, sich für folgende
 4 Ziele einzusetzen:

5

Bezahlbares Wohnen braucht europäische Antworten!

7 Wohnen ist ein Grundrecht – kein Spekulationsobjekt. In
 8 ganz Europa steigen Mieten und Kaufpreise seit Jahren
 9 rasant. Immer mehr Menschen finden keine bezahlba-
 10 re Wohnung, werden verdrängt oder leben in unsicheren
 11 Wohnverhältnissen. Unsere Wohnraumkrise ist eine eu-
 12 ropäische Krise. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass
 13 das Europäische Parlament einen Sonderausschuss zur
 14 Wohnraumkrise eingesetzt hat. Jetzt braucht es klare Lö-
 15 sungsansätze für die gesamte Europäische Union. Auch
 16 die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene
 17 mit Nachdruck für eine soziale Wohnungswende einset-
 18 zen. Sie soll sich im Rat der EU für die Stärkung kommun-
 19 aler Handlungsspielräume und die Förderung bezahlbaren
 20 Wohnraums einsetzen.

21

22 Wir fordern:

23 1. Wohnen zu einem europäischen Schwerpunkt machen.

24 Die EU muss bezahlbaren Wohnraum als soziale Aufgabe
 25 begreifen – nicht als Nebensache. Das Menschenrecht auf
 26 Wohnen gehört deshalb ins Zentrum der europäischen Po-
 27 litik.

28

29 **2. Städte und soziale Wohnungsakteure stärken.** Kom-
 30 munen, Genossenschaften und soziale Träger brauchen
 31 mehr Spielraum – auch im EU-Beihilferecht. Wir brauchen
 32 eine einheitliche Definition von sozialem Wohnraum im
 33 EU-Recht. Öffentliche Investitionen in den sozialen Woh-
 34 nungsbau dürfen nicht ausgebremst werden.

35 3. EU-Fördermittel gezielt für sozialen Wohnraum nutzen.

36 Programme wie InvestEU oder die Struktur- und Kohäsi-
 37 onsfonds müssen einfacher und sozial gerechter gestaltet
 38 werden. Wir fordern, die Förderprogramme bei den Ver-
 39 handlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen
 40 zielgerichteter auf Wohnprogramme auszugestalten und
 41 den Zugang zu vereinfachen.

42 4. Energieeffizienz darf nicht zur Verdrängung füh-

43 **ren.** Energetische Sanierungen dürfen nicht zur Verdrän-
 44 gung von Mieter*innen führen. Die Umsetzung der EU-
 45 Gebäuderichtlinie braucht soziale Leitplanken – damit Kli-
 46 maschutz und Mieterschutz zusammengehen. Sozial ge-
 47 staffelte Förderprogramme z. B. der KfW sollen fortge-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in
 der Bundesregierung sowie die S&D-Fraktion im Europäi-
 schen Parlament werden aufgefordert, sich für folgende
 Ziele einzusetzen:

Bezahlbares Wohnen braucht europäische Antworten!

Wohnen ist ein Grundrecht – kein Spekulationsobjekt. In
 ganz Europa steigen Mieten und Kaufpreise seit Jahren
 rasant. Immer mehr Menschen finden keine bezahlba-
 re Wohnung, werden verdrängt oder leben in unsicheren
 Wohnverhältnissen. Unsere Wohnraumkrise ist eine eu-
 ropäische Krise. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass
 das Europäische Parlament einen Sonderausschuss zur
 Wohnraumkrise eingesetzt hat. Jetzt braucht es klare Lö-
 sungsansätze für die gesamte Europäische Union. Auch
 die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene
 mit Nachdruck für eine soziale Wohnungswende einset-
 zen. Sie soll sich im Rat der EU für die Stärkung kommun-
 aler Handlungsspielräume und die Förderung bezahlbaren
 Wohnraums einsetzen.

Wir fordern:

1. Wohnen zu einem europäischen Schwerpunkt machen.

Die EU muss bezahlbaren Wohnraum als soziale Aufgabe
 begreifen – nicht als Nebensache. Das Menschenrecht auf
 Wohnen gehört deshalb ins Zentrum der europäischen Po-
 litik.

2. Städte und soziale Wohnungsakteure stärken. Kom-
 munen, Genossenschaften und soziale Träger brauchen
 mehr Spielraum – auch im EU-Beihilferecht. Wir brauchen
 eine einheitliche Definition von sozialem Wohnraum im
 EU-Recht. Öffentliche Investitionen, **vergünstigte Grund-**
stücksverkäufe, Kapitalzuführung oder andere Maßnah-
men zur Unterstützung und Beschleunigung des öffentli-
chen Wohnungsbaus müssen erleichtert werden und der
Rahmen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus
muss vereinfacht und verssert werden.

3. EU-Fördermittel gezielt für sozialen Wohnraum nutzen.

Programme wie InvestEU oder die Struktur- und Kohäsi-
 onsfonds müssen einfacher und sozial gerechter gestaltet
 werden. Wir fordern, die Förderprogramme bei den Ver-
 handlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen
 zielgerichteter auf Wohnprogramme auszugestalten und
 den Zugang zu vereinfachen.

48 führt werden können.

49

50

51

52

53

54

4. Energieeffizienz darf nicht zur Verdrängung führen. Energetische Sanierungen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter*innen führen. Die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie braucht soziale Leitplanken – damit Klimaschutz und Mieterschutz zusammengehen. Sozial gestaffelte Förderprogramme z. B. der KfW sollen fortgeführt werden können.